

# KATHOLISCHE SonntagsZeitung

118. Jg. 4./5. Februar 2012 / Nr. 5

FÜR DAS ERZBISTUM BERLIN

Einzelverkaufspreis 1,70 Euro, K 2063

## Das Geheimarchiv im Vatikan

„Licht in die Geschichte“: Seite 7

## Wenn die Mutter geheim bleiben will

Debatte um anonyme Geburt: Seite 8

## Der Schüler Georg Sterzinsky

Klassenkameraden erinnern sich: Seite 1

### KURZ UND WICHTIG

#### ERZBISCHOF WOELKI

### Freiwillig spenden

Erzbischof Rainer Maria Woelki hat sich in die Debatte um eine Änderung des Transplantationsgesetzes eingeschaltet. Eine Organspende müsse freiwillig bleiben, forderte Woelki in einem Beitrag für den RBB-Hörfunk. Niemand dürfe gesetzlich dazu verpflichtet werden, sich zu seiner Spendenbereitschaft zu äußern. Woelki warnte davor, Druck auszuüben. Es dürfe nicht als unmoralisch dargestellt werden, wenn jemand nicht zu einer Organspende nach seinem Tod bereit sei.

#### PATRIARCH KYRILL

### Kein Papst-Treffen

Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I., lehnt eine Begegnung mit Papst Benedikt XVI. weiter ab. Ein solches Treffen sei erst sinnvoll, wenn es Fortschritte in der Beilegung bestehender Konflikte oder zumindest stärkere Bemühungen darum gebe. Der Streit in der Westukraine zwischen der orthodoxen und der mit Rom unierten griechisch-katholischen Kirche um Sakralbauten sei aber weiter ungelöst.

#### CARITAS-JUGENDPROJEKT

### Endlich „Aufwind“

Schläge vom Vater, eine zerrüttete Familie. Mit zwölf Jahren beginnt Iris Kurzweg zu trinken. Sie verliert den Halt im Leben, bricht später eine Ausbildung entnervt ab. Jetzt schöpft die heute 26-Jährige Hoffnung: Das Pasewalker Caritas-Projekt „Aufwind“ soll ihr dabei helfen, eine Ausbildungsstelle zu finden.

Seite III



Die Arbeit am Computer mag Iris Kurzweg gar nicht, lieber möchte sie Autos reparieren. Foto: ag



Auch das gibt es: Türken gedenken der während des Ersten Weltkriegs ermordeten Armenier. Ihr Ministerpräsident hingegen streitet den Genozid an der christlichen Minderheit ab. Foto: dpa

### STREIT UM VÖLKERMORD-GESETZ

## Wahrheit oder Wahlkampf?

### Türkei empört: Instrumentalisiert Sarkozy Armenier?

Es knirscht gewaltig im Gebälk der türkisch-französischen Beziehungen. Das einst partnerschaftliche Miteinander ist einem ernsten Streit gewichen. Der Grund: Frankreichs neues umstrittenes Genozid-Gesetz, das die Leugnung des Völkermordes an den christlichen Armeniern unter Strafe stellt.

„Schande über Frankreich“ und „Teufel Sarkozy“ titelten empörte türkische Zeitungen. Die Regierung in Ankara will Frankreich nun „Schritt für Schritt“ bestrafen und droht, die Axt an gemeinsame Wirtschaftsprojekte zu legen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nannte das Gesetz gar ein „Massaker an der Meinungsfreiheit“. Auch Arme-

nier vermuten allerdings, dass es Staatspräsident Nicolas Sarkozy nicht um die historische Wahrheit geht: Sie befürchten, zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert zu werden.

Bislang war es in Frankreich lediglich verboten, den Holocaust, die Vernichtung der europäischen Juden, in Zweifel zu ziehen. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes droht nun auch demjenigen bis zu einem Jahr Haft und 45 000 Euro Strafe, der die Verfolgung der armenischen Minderheit während des Ersten Weltkriegs verharmlost.

Bei den im Armenischen als „Aghet“ (Katastrophe) bezeichneten Ereignissen, einer Reihe von Massakern und Todesmär-

schen, kamen in den Jahren 1915 und 1916 bis zu 1,5 Millionen Armenier ums Leben.

Deutsche Diplomaten bezeugten frühzeitig, dass das Ziel der im damaligen Osmanischen Reich herrschenden Jungtürken kein anderes war als die „gänzliche Ausrottung“ der christlichen Minderheit, wie es Vizekonsul Max Erwin von Scheubner-Richter im Juli 1915 ausdrückte.

Die Verfolgung der Armenier war Teil einer Strategie zur Säuberung des Landes von allen Christen. Ihr fielen auch bis zu 750 000 Aramäer und über 300 000 Griechen zum Opfer. Die Gesamtzahl der Getöteten wird auf über zwei Millionen geschätzt. Seite 13